



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat und das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

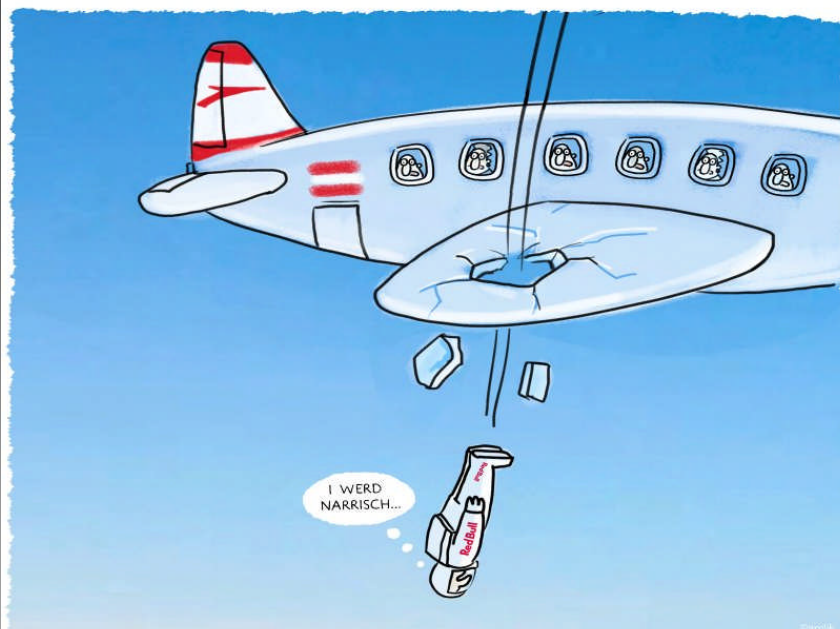
Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat
2. Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags
3. Relevantes aus Mannheim und der Region





## **1. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat**

Am Donnerstag hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat abgegeben, der am 18./19. Oktober 2012 stattfand. Wie gewohnt informierte die Bundeskanzlerin dabei die Mitglieder des Deutschen Bundestages über die zentralen Themen des Gipfels.

Im Mittelpunkt der Arbeitssitzungen in Brüssel standen tiefgreifende Reformen an, mit denen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion fortentwickelt werden soll. Darüber hinaus haben sich die Staats- und Regierungschefs mit der Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspakts befasst, den der Europäische Rat im Juni beschlossen hat. Als Grundlage der Beratungen diente hauptsächlich ein Zwischenbericht des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy zum Thema "Wirtschafts- und Währungsunion".

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hob in ihrer Rede im Deutschen Bundestag die Bedeutung des Euro für Europa hervor. Der Euro sei „weit mehr als eine Währung“. Er stehe „symbolhaft für die wirtschaftliche, soziale und politische Einigung Europas.“ Sie forderte vor dem EU-Gipfel in Brüssel weitere Anstrengungen zur Überwindung der Krise. "Die Stärkung des Euro ist ein Prozess. Die Konturen einer Stabilitätsunion sind aber bereits deutlich erkennbar", sagte die Kanzlerin. Mit der Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem Fiskalpakt und dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung seien schon wichtige Fortschritte gemacht worden. Auch die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer sei von elf Ländern verabredet.

## **2. Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags**

Am Freitag fand die erste Lesung des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags statt. Damit soll das Haushaltsgrundsätzegesetz an die Vorgaben des europäischen Fiskalvertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts angepasst werden. Die deutsche Bundesregierung hat den europäischen Fiskalpakt zu einer Grundvoraussetzung für ihre Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM gemacht. Dies macht eine Umsetzung der Fiskalpaktregeln in das deutsche föderale System notwendig, wobei die wesentlichen Vorgaben mit der Schuldenbremse und der parallelen Einrichtung des Stabilitätsrats bereits erfüllt sind. Der Stabilitätsrat soll Handlungsempfehlungen bereits abgeben, "wenn er bei seiner Überprüfung zu dem Ergebnis kommt, dass die Obergrenze in mindestens einem Jahr des Schätzzeitraums überschritten wird". Eine Überprüfung ist zwei Mal jährlich vorgesehen. Die Empfehlungen des Stabilitätsrats richten sich an Bund und Länder. Damit werde im Zusammenspiel mit den Schuldenbremsen des Bundes und der Länder sowie den Fiskalregeln der Kommunen und der Sozialversicherungen ein fiskalpolitischer Korrekturmechanismus für den Gesamtstaat etabliert, heißt es in der Begründung.



Konkret geht es in dem Gesetz um europarechtliche Spezifizierungen. Wichtigster Punkt dabei ist die Fest-schreibung einer Obergrenze für das strukturelle Defizit von höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandspro-dukts. Diese soll durch den Stabilitätsrat überwacht werden. In den vergangenen Jahren habe sich gezeigt, dass die finanzielle Solidität der Euro-Mitgliedstaaten und das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion durch die Regelungen des Maastricht-Vertrags nicht ausreichend gewährleistet seien, heißt es im Gesetzentwurf.

"Die Bewältigung der Haushaltskrise erfordert eine neue Haushaltsdisziplin für ganz Europa", so die Bun-desregierung. Bund und Länder stimmten darin überein, "dass der Entwicklung der Sozialversicherungen und der kommunalen Finanzen bei der Einhaltung des Fiskalpakts eine wichtige Rolle zufällt". Die Entwick-lung der Finanzen in den Sozialversicherungen liegt dabei in der Verantwortung des Bundes, während die Länder die Verantwortung für ihre Kommunen übernehmen sollen. Nach dieser ersten Lesung wird der Entwurf in den Ausschüssen weiterberaten, bevor er zur 2. und 3. Lesung nochmals im Plenum beraten und von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages abgestimmt wird.

### **3. Relevantes für Mannheim und die Region**

#### **Bund fördert Bildungsakademie der Handwerkskammer Mannheim**

Die Bildungsakademie der Handwerkskammer Mannheim wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) modernisiert. Dies teilte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan MdB, mir in einem Schreiben mit. Mit den Bundesmitteln in Höhe von 382.950 € werden Modernisierungsmaßnahmen der Werkstätten und Gebäude durchgeführt. So können beispiels-weise neue Laptops und Messgeräte angeschafft werden. Die Investitionen sind Teil der Fördermaßnahme des BMBF im Bereich der beruflichen Bildung, in deren Rahmen rund 800 überbetriebliche Berufsbildungs-stätten (ÜBS) etabliert wurden. Ich freue mich, dass die Bildungsakademie der Handwerkskammer Mann-heim als wichtiges Ausbildungszentrum der Region für Handwerksberufe von den Bundesmitteln profitiert und habe dies bereits in einem persönlichen Gratulationsschreiben zum Ausdruck gebracht.

#### **Moll-Gymnasium in Berlin**

Auf meine Einladung hin besuchten 21 Schülerinnen und Schüler des Moll-Gymnasiums im Rahmen ihrer Berlinfahrt in Begleitung ihrer beiden Lehrkräfte Susanne Kröhl und Jürgen Wetteroth den Deutschen Bun-destag. Das Besuchsprogramm begann mit einem interessanten Informationsvortrag auf der Besuchertri-büne des Plenarsaals. Danach hatten die Schüler Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen sowie sich über den Arbeitsalltag eines Abgeordneten zu informieren. Besonderes Inte-resse weckten der Ablauf einer Sitzungswoche und die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte, die ich in der aktuellen Wahlperiode gesetzt habe.



Höhepunkt des Besuches war die Besichtigung der Reichstagskuppel, von der aus sich bei sehr schönem Wetter ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Ein Essen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages rundete den für die Schüler sehr spannenden Tag ab.

## Glückwünsche für M<sup>2</sup>OLIE

Ich habe den Partnern des Forschungscampus „M<sup>2</sup>OLIE“ (Mannheim Molecular Intervention Environment), einer von zehn Gewinnern der Förderinitiative „Forschungscampus – öffentlich-private Partnerschaft für Innovation“ meine Glückwünsche übermittelt. Die Förderinitiative zählt zu den zentralen neuen Maßnahmen der Hightech-Strategie für Deutschland. M<sup>2</sup>OLIE wird, genauso wie die anderen neun Gewinner aus Berlin, Stuttgart, Aachen und Jena, in einem Zeitraum von maximal 15 Jahren Fördermittel von bis zu zwei Millionen Euro jährlich aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten. Dies teilte Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB mir in einem Brief mit. Ziel dieser zentralen neuen Maßnahme der Hightech-Strategie ist es, neue und beispielhafte Modelle der Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft zu etablieren und bislang ungenutzte Synergien öffentlicher und privater Forschung zu erschließen. Hiermit sollen Kompetenzen und Forschungsaktivitäten von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnern in mittel- und langfristiger Perspektive an einem Ort mit hoher Verbindlichkeit gebündelt werden. Partner von Mannheim Molecular Intervention Environment (M<sup>2</sup>OLIE) sind die Universitäten Mannheim und Heidelberg, eine Fachhochschule und marktführende Unternehmen, darunter die Siemens AG, auf dem Gelände der Universitätsklinik Mannheim. Dabei soll eine molekulare medizinische Interventionsumgebung für die Krebstherapie entwickelt werden. Der einfache Operationssaal soll durch eine neue Art des Therapieraums ersetzt werden. Ich wünsche den Partnern von M<sup>2</sup>OLIE viel Erfolg bei der wissenschaftlichen Arbeit. Dieser Gewinn ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Kooperation zwischen den medizinischen Fakultäten in Mannheim und Heidelberg funktioniert. Ich appelliere deshalb an alle Entscheidungsträger, an dieser Kooperation festzuhalten.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)